

SP Kanton Zürich

# Schule - Ausbildung - Beruf.

Informationen und Ideen für SP-Sektionen zum Übergang von der Schule in den Beruf, zur Lehrstellenproblematik und zur Jugendarbeitslosigkeit.

# Inhaltsverzeichnis

## 1. Einleitung

## 2. Lehrstellen

- 2.1 Fakten
  - 2.1.1 Stand der Dinge
  - 2.1.2 Entwicklung in den letzten Jahren.
  - 2.1.3 Gründe für den Rückgang an Lehrstellen
  - 2.1.4 Was wird bereits getan?
- 2.2 Handlungsmöglichkeiten auf der politischen Ebene
- 2.3 Was verlangt die SP für die Zukunft?
  - 2.3.1 Einrichtung von Basislehrjahren
  - 2.3.2 Unterstützung von Lehrstellenverbänden
  - 2.3.3 Lehrstellenfonds von Branchen
  - 2.3.4 Kantonaler Berufsbildungsfonds
  - 2.3.5 Information
  - 2.3.6 Innovationszehntel
  - 2.3.7 Ablehnung von Kürzungen
- 2.4 Aktionsideen für SP Sektionen.
  - 2.4.1 Lehrstellen in der Gemeindeverwaltung
  - 2.4.2 Berufsmessen
  - 2.4.3 Betriebsbesuch
  - 2.4.4 Informationsveranstaltung
  - 2.4.5 Checkliste: Wie ist das bei uns im Betrieb?

## 3. Jugendarbeitslosigkeit

- 3.1 Fakten
  - 3.1.1 Stand der Dinge.
  - 3.1.2 Entwicklung in den letzten Jahren.
  - 3.1.3 Was wird bereits getan?
- 3.2 Handlungsmöglichkeiten auf der politischen Ebene
- 3.3 Was verlangt die SP für die Zukunft?
  - 3.3.1 Ausbau von Praktikumsplätzen
  - 3.3.2 Aufbau von Mentoring-Projekten
  - 3.3.3 Ausbau der Weiterbildung in der Berufsberatung
  - 3.3.4 Berufsschulen anpassen
  - 3.3.5 Sprungbrettstellen
  - 3.3.6 Aufbau von Übungsfirmen
- 3.4 Aktionsideen für SP Sektionen.

## Anhang

## Impressum

Herausgeberin:

SP Kanton Zürich, Hallwylstr. 29, 8004 Zürich, Tel. 044 245 90 00, [spkanton@spzuerich.ch](mailto:spkanton@spzuerich.ch)

Mitarbeit: Chantal Galladé, Julia Gerber Rüegg, Regula Götsch, Ueli Mägli, Susanna Rusca, Dominik Schaub

November 2006

## 1. Einleitung

Das Thema „Übergang von der Schule in den Beruf“ beschäftigt von den JUSO bis zur AG Alter, von betroffenen Jugendlichen, verantwortungsvollen PolitikerInnen über Eltern und Grosseltern breite Bevölkerungsschichten und grosse Teile unserer Partei. Das Problembewusstsein ist gerade in der SP sehr gross. Weit verbreitet ist allerdings auch eine gewisse Ratlosigkeit, was denn nach all den Vorstössen, all den Anpassungen in der Berufsbildung und all den Aktivitäten noch getan werden kann, um die Situation zu verbessern.

Das vorliegende Papier möchte einerseits die aktuelle Situation darstellen, um den Genossinnen und Genossen Argumente in die Hand zu geben und andererseits Anstösse geben, wie sich die SP-Sektionen mit dem Thema öffentlichkeitswirksam befassen können.

Grundsätzlich muss das Thema in zwei Blöcke unterteilt werden. Beim Übergang I geht es um den Übergang von der Schule in die Berufsbildung. Dort stellt sich besonders das Problem des Lehrstellenmangels. Beim Übergang II geht es um den Übergang aus der Ausbildung ins Berufsleben. Aus den Schwierigkeiten bei diesem zweiten Übergang resultiert besonders die Jugendarbeitslosigkeit. Die beiden Problemfelder haben unterschiedliche Ursachen und benötigen unterschiedliche Massnahmen zur Bekämpfung.

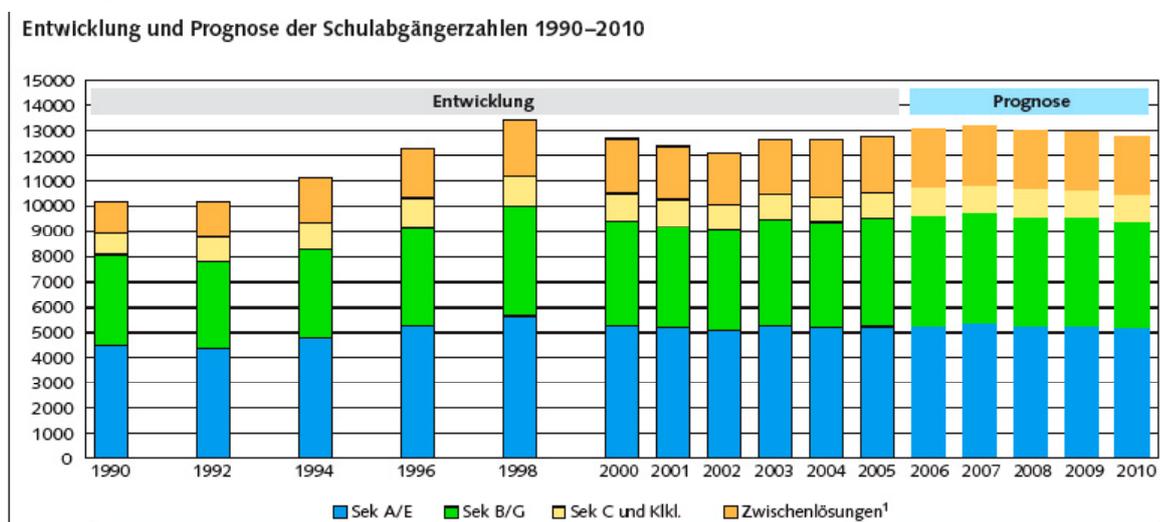
## 2. Lehrstellen

### 2.1 Fakten

#### 2.1.1 Stand der Dinge

(Quellen: Statistisches Amt des Kantons Zürich, Berufsbildung 1985 – 2003 im Kanton Zürich, statistik.info 22/2003; Bundesamt für Statistik, Lehrstellenbarometer BBT, April 2006).

- Gemäss Lehrstellenbarometer vom April 2006 übersteigt die Nachfrage nach Lehrstellen das Angebot schweizweit um 5'500 Stellen.
- Von April 2005 bis April 2006 stieg die Anzahl Jugendlicher, die eine Lehrstelle suchten um 2000 Personen an. Im selben Zeitraum stieg aber die Anzahl Lehrstellen lediglich um 1000 Stellen.
- Die Zahl der SchulabgängerInnen wird mindestens bis 2007 jährlich weiter ansteigen. Quelle: statistik.info 02/2006

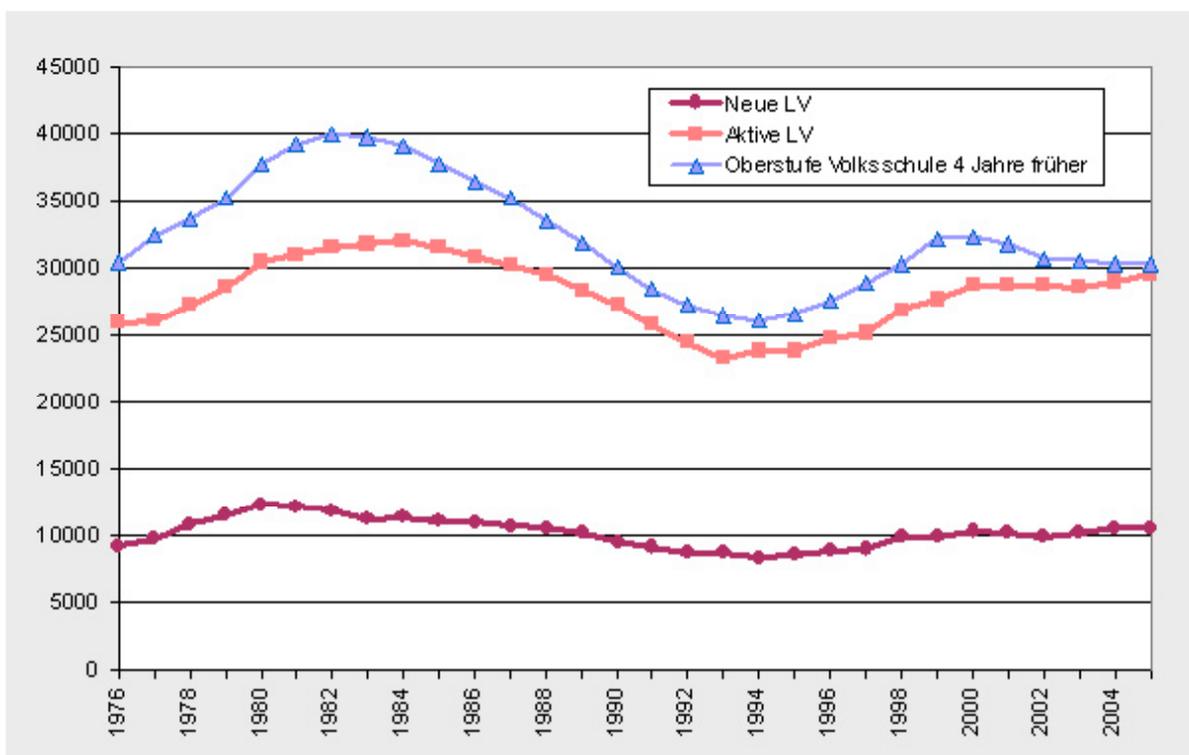


- Insbesondere im Dienstleistungssektor wurden überdurchschnittlich Lehrstellen abgebaut. Die Grossbanken hatten beispielsweise ein Beschäftigungswachstum von 27% zu verzeichnen, haben aber 500 Lehrstellen abgebaut.
- Der Entscheid, Lehrstellen in Zukunft nicht mehr anzubieten ist häufig nicht konjunkturell begründet (lässt sich statistisch nachweisen).
- Pro Lehrstelle erhalten Betriebe durchschnittlich 15 Bewerbungen.

### 2.1.2 Entwicklung in den letzten Jahren.

Quellen: Statistisches Amt des Kantons Zürich, Berufsbildung 1985 – 2003 im Kanton Zürich, statistik.info 22/2003; Bundesamt für Statistik, Lehrstellenbarometer BBT, April 2006

- Im Kanton Zürich gingen zwischen 1985 und 2001 5'400 Lehrstellen verloren, während die Gesamtbeschäftigung um 49'000 Vollzeitstellen zugenommen hat. Nirgends in der Schweiz ist diese Entwicklung so stark gegenläufig wie in Zürich.
- Der Anteil der Lehrstellen an der Gesamtbeschäftigung sank in diesem Zeitraum im Kanton Zürich von 6,0 auf 4,7%. Insbesondere zwischen 1985 und 1995 wurden massiv Lehrstellen abgebaut. Seither nehmen sie wieder leicht zu, seit 1998 allerdings abgeschwächt.
- Hätte sich die Anzahl der Lehrstellen ebenso entwickelt wie die Gesamtbeschäftigung, würde das Angebot an Lehrstellen ausreichen.
- Entwicklung der Lehrverträge von 1976-2005



Quelle: [http://www.bista.zh.ch/bb/LV\\_History.aspx](http://www.bista.zh.ch/bb/LV_History.aspx)

- Von 2001 bis 2004 sank der Nachfrage-Überhang nach Lehrstellen auf 500 Stellen. Seither steigt er wieder an und betrug im April 2006 5'500 Stellen.

### 2.1.3 Gründe für den Rückgang an Lehrstellen

(Quelle: Diskussionspapier des Gewerkschaftsbundes Kanton Zürich „Lehrstellenpolitische Forderungen des GBKZ“)

- Neue Berufsfelder (zum Beispiel im Zusammenhang mit neuen Technologien) sind teilweise erst am entstehen und das duale Ausbildungssystem stösst dann schnell an ökonomische und ausbildnerische Grenzen.
- Der Strukturwandel in der Wirtschaft – Rückgang der Stellen im 2. Sektor, Wachstum im 3. Sektor – wirkt sich ungünstig aus, da im 2. Sektor prozentual mehr Lehrstellen angeboten werden.
- Neue Firmen, Global Players, mit angelsächsischer Tradition sind mit dem dualen Berufsbildungsmodell nicht vertraut.
- Betriebe lagern Teilbereiche aus. Diese hoch spezialisierten Dienstleistungserbringer / Zulieferer sind dann nicht mehr in der Lage, den Lernenden die geforderte breite Palette an Wissen zu vermitteln.
- Die steigenden Ansprüche an die Berufsbildung schmälern die Rentabilität der Lernenden.
- Durch kurzfristiges Rentabilitätsdenken verlieren Investitionen in die Berufsbildung an Stellenwert.
- Durch gestiegene Qualitätsansprüche an die Berufsbildung ist der Aufwand gestiegen und dieser überfordert manchmal die Lehrmeister.

### 2.1.4 Was wird bereits getan?

Die Problematik des Lehrstellenmangels ist im Bewusstsein der Wirtschaft, der Politik und der Bevölkerung stark vorhanden. Es gibt etliche Initiativen auf verschiedenen Ebenen, die einerseits darauf abzielen, mehr Lehrstellen zu schaffen und andererseits die Jugendlichen besser für die angestrebten Lehrstellen zu qualifizieren. Nachstehend wird auf eine Auswahl hingewiesen:

#### 2.1.4.1 Neugestaltung des 9. Schuljahres

Aufgrund einer professionellen Standortbestimmung im 8. Schuljahr wird das 9. Schuljahr (v.a. im Bereich der Wahlfächer) gezielt für die individuelle Vorbereitung auf den Übergang in Berufsbildung genutzt. Für schulmüde und wenig motivierte Jugendliche soll die Möglichkeit einer Alternative geprüft werden, z.B. einen „Werktag“ pro Woche in einem Betrieb. Das Konzept befindet sich in der Erprobungsphase.

#### 2.1.4.2 Mentoring-Programm

Erfahrene Berufsleute begleiten Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen. Das Mentoring wird durch ein BIZ oder das kantonale Amt für Jugend und Berufsbildung AJB (Projekt Ithaka) betreut und begleitet. Auch Unterstützung durch den Bund ist in Aussicht.

#### 2.1.4.3 Kampagne „chance 06“

Die zweite Welle der nationalen Lehrstellenkampagne chance06 bestand aus weissen Plakaten mit unkommentierten Internet-Adressen. Sie verweisen auf die Internet-Plattform [www.chance06.ch](http://www.chance06.ch), die im Februar 06 als gemeinsame Initiative von Bund, Kantonen

und Organisationen der Arbeitswelt lanciert wurde. Mit der Plakataktion soll neben den Direktbetroffenen auch eine breite Öffentlichkeit für die Lehrstellenproblematik sensibilisiert werden. Auf der Internet-Plattform findet sich eine breite Palette an Informationen über die Berufsbildung, sowohl für Unternehmen als auch für interessierte Jugendliche und Eltern. Die Kampagne will ausserdem die Vignette „Lehrbetrieb“ bekannter machen, welche alle Lehrbetriebe von den kantonalen Berufsbildungsämtern erhalten und die sie zum Beispiel als Marketinginstrument verwenden können.

#### 2.1.4.4 Lehrstellenverbände

Lehrstellenverbände können mehrere Probleme lösen, die Betriebe mit dem Anbieten von Lehrstellen haben. In einem Lehrstellenverbund schliessen sich mehrere Betriebe zusammen, um eine komplette Ausbildung anbieten zu können, was in spezialisierten, kleinen Firmen ansonsten schwierig sein kann. Ausserdem ist die ganze Administration zentral geregelt und es kommt genügend Arbeit für eine ganze Lehrstelle zusammen. Lehrstellenverbände können von Berufsverbänden (z.B. Schreinermeisterverband) aber auch von der staatlichen Verwaltung (z.B. Laufbahnberatung Zürich) organisiert werden.

#### 2.1.4.5 Basis-Lehrjahre

Unter Basislehrjahr wird eine einjährige Ausbildung verstanden, die der spezifischen Vorbereitung der Jugendlichen auf die betriebliche Ausbildung dient, Jugendliche aus verwandten Berufen zusammenfasst und als erstes Lehrjahr anerkannt wird. Im Basislehrjahr stehen die schulische Ausbildung sowie die systematische Berufseinführung in einer Lernwerkstatt oder einem Kurszentrum im Vordergrund. Dies führt einerseits zu einer mässigen Ausdehnung des schulischen Ausbildungsanteils während der ganzen Lehre, andererseits zu reduzierter Abwesenheit infolge Schulbesuchs in den restlichen Lehrjahren (Quelle: Projektleitung „Basislehrjahr informatiknahe Berufe“, Dr. Emil Wettstein, Matthias Jäger).

#### 2.1.4.6 Brücken-Angebote

Für Jugendliche, die im Anschluss an die Schule noch keine andere Lösung gefunden haben, gibt es eine Vielzahl von sog. Brückenangeboten oder Zwischenjahren. Zum Beispiel das 10. Schuljahr, Sprachaufenthalte, verschiedene Vorkurse (z.B. für Pflegeberufe), Hauswirtschaftsjahr, Sozialjahr, Motivationssemester.

### 2.2 Handlungsmöglichkeiten auf der politischen Ebene

Die Berufsbildung in der Schweiz basiert auf einem vielfältigen Zusammenspiel von Staat und Privatwirtschaft. Dies hat sich in der Vergangenheit bewährt. Dort wo die Wirtschaft nicht (mehr) bereit ist, für die Ausbildung junger Menschen zu sorgen, muss der Staat entweder einspringen oder für die Wirtschaft Anreize zum Schaffen von Ausbildungsplätzen geben. Beide Beteiligten, Wirtschaft und Politik, müssen flexibel auf die sich verändernde Arbeitswelt reagieren können und dürfen nicht in alten Strukturen erstarren.

### 2.3 Was verlangt die SP für die Zukunft?

#### 2.3.1 Einrichtung von Basislehrjahren

Zurzeit werden hohe Summen in Brückenangebote investiert. Im Durchschnitt kostet ein(e) Jugendliche(r) 15 000 Franken für ein Jahr und zur Zeit befinden sich 20 000 Jugendliche in solchen Übergangslösungen. Ein Grossteil der Jugendlichen gehört jedoch gar nicht in ein solches Zwischenjahr und befindet sich nur aufgrund der schlechten Lehrstellensituation dort. Das heisst, diese Jugendlichen haben keine schulischen Defi-

zite, persönliche Unreifen oder Schwierigkeiten in der Berufswahl, die ein solches Jahr sinnvoll machen würden, sondern mussten eine Übergangslösung als Warteschlange wählen. Die 300 Millionen Franken, welche Gemeinden, Kantone und nach neuem BBG auch der Bund für Brückenangebote bezahlen, sind nicht optimal eingesetzt. Es wäre sinnvoller, einen Grossteil dieses Geldes in den Ausbau von Basislehrjahren zu investieren und Brückenangebote zu modularisieren. Im Normalfall sollte dann ein(e) Jugendliche(r) nach Abschluss des Brückenangebotes mit seinen/ihren Modulen einen Abschluss haben, der dem 1. Lehrjahr gleichgesetzt ist, so dass er/sie in einem Betrieb ins 2. Lehrjahr einsteigen kann. Dies wäre auch für die Betriebe attraktiver (Quelle: Chantal Galladé, Vortrag zur Jugendarbeitslosigkeit, 2006).

### 2.3.2 Unterstützung von Lehrstellenverbänden

Lehrstellenverbände stellen eine gute Möglichkeit dar, eine Lehrstelle anbieten zu können, obwohl vielleicht der Betrieb zu klein oder zu spezialisiert ist, so dass er keine vollständige Ausbildung anbieten könnte. Allerdings kosten Lehrstellenverbände Geld, da irgendjemand die Selektion der Lernenden und ihre Begleitung bezahlen muss. Bund, Kanton und Gemeinden könnten Anbieter von Lehrstellenverbänden sein. Der Bund unterstützt Lehrstellenverbände mit einer Starthilfe.

### 2.3.3 Lehrstellenfonds von Branchen

Gemäss neuem Berufsbildungsgesetz (BBG) können Branchen Lehrstellenfonds einrichten. Es muss gefordert werden, dass dies nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine verbindliche Verpflichtung wird. Es zeigt sich, dass erst wenige Branchen einen Branchenfonds haben. In den Lehrstellenfonds zahlen Betriebe ein, die nicht ausbilden.

### 2.3.4 Kantonaler Berufsbildungsfonds

Für Branchen, die nicht bereits stark organisiert resp. die noch neu sind, muss ein kantonaler Berufsbildungsfonds geschaffen werden. In diesen Fonds zahlen Firmen ein, die keine Lernenden ausbilden und die nicht bereits einem Branchenfonds angeschlossen sind. Dies schafft einerseits einen finanziellen Anreiz, Lehrstellen anzubieten und andererseits kann mit diesen Mitteln die Entwicklung von Ausbildungen in neuen Berufsfeldern gefördert werden. Dies unterstützt den Strukturwandel und die Innovation.

### 2.3.5 Information

Viele Betriebe, die eigentlich Lehrstellen anbieten könnten tun dies nicht, weil sie zu wenig informiert sind. Sie schrecken zurück vor einem vermeintlich riesigen administrativen Aufwand und hohen Kosten. Hier muss verstärkt informiert werden, dass sich ein Lehrling für einen Betrieb in der Regel lohnt, dass es viele Stellen gibt, die Lehrbetriebe unterstützen, dass es die Möglichkeit von Lehrstellenverbänden gibt und so weiter. Zudem müssen die Zeugnisse der Lehrstellensuchenden so vereinheitlicht werden, dass die künftigen Lehrmeister vergleichen können.

### 2.3.6 Innovationszehntel

Der Bund muss das sog. Innovationszehntel, mit dem er Projekte zugunsten des Lehrstellenangebotes und des Übergangs von der Schule in den Beruf unterstützen könnte, endlich voll ausschöpfen. 14 Millionen Franken dieses Geldes werden nicht eingesetzt. Mit diesen Geldern sollen auch gezielt Projekte unterstützt werden, welche die traditionellen Frauenberufe für Männer und umgekehrt die typischen Männerberufe vermehrt für Frauen zugänglich und attraktiv machen.

### 2.3.7 Ablehnung von Kürzungen

Die vom Bundesrat per Oktober 2006 vorgesehenen Kürzungen und Einschränkungen bei den Motivationssemestern werden entschieden abgelehnt. Man nimmt damit den Jugendlichen die letzte aller Möglichkeiten, den Weg in die Berufswelt zu finden.

## 2.4 Aktionsideen für SP Sektionen.

### 2.4.1 Lehrstellen in der Gemeindeverwaltung

Mit einem Vorstoss verlangen, dass die Gemeindeverwaltung mehr Lehrstellen schafft oder, wenn sie zu klein ist, sich an einem Lehrstellenverbund beteiligt.

### 2.4.2 Berufsmessen

Oberstufenschulhäuser sollen zusammen mit dem Gewerbe(-verein) Berufsmessen, Berufs-Schnuppertage und ähnliches organisieren.

### 2.4.3 Betriebsbesuch

Gibt es in eurer Gemeinde oder Region einen grösseren Betrieb, der Lehrlinge ausbildet? Dann organisiert doch einen Besuch in diesem Betrieb und lasst euch erklären, wie die Ausbildung der Lernenden organisiert ist.

### 2.4.4 Informationsveranstaltung

- Zum Beispiel zum Thema „Lehrstellenverbände – wie funktioniert das?“ Oder „Berufsbildung heute – Überblick über aktuelle Entwicklungen“. Oder „Was bringt das neue Berufsbildungsgesetz?“. (Links und Adressen am Schluss des Papiers)
- Mentoring-Projekt Ithaka durch Amt für Jugend und Berufsbildung vorstellen lassen.  
Kontakt: Berufsberatung Kanton Zürich, Zentalstelle Berufsberatung, Projekt Mentoring Ithaka, Dörflistr. 120, 8090 Zürich, [www.berufsberatung.zh.ch](http://www.berufsberatung.zh.ch).

### 2.4.5 Wie ist das bei uns im Betrieb?

Vielleicht gibt es in eurem direkten Umfeld die Möglichkeit, Lehrstellen zu schaffen? Untenstehend einige Zahlen.

Anzahl Mitarbeitende	Durchschn. Anzahl Lehrlinge pro MitarbeiterIn	Durchschn. Anzahl Lehrlinge pro Betrieb
1 – 3	0.653	1.398
4 – 9	0.312	1.760
10 - 49	0.144	2.405
50 - 99	0.061	4.063
> 100	0.031	9.274

Quelle: Die Volkswirtschaft, Das Magazin für Wirtschaftspolitik 9-2004

### 3. Jugendarbeitslosigkeit

#### 3.1 Fakten

##### 3.1.1 Stand der Dinge.

- Die Arbeitslosenquote der 20 – 24-jährigen liegt deutlich über derjenigen der übrigen Altersklassen.
- Die Arbeitslosenquote der jungen Arbeitslosen reagiert sehr stark auf die Konjunktur. Das heisst, dass die Quote bei guter Konjunktur schneller sinkt und bei schlechter Konjunktur schneller steigt als die allgemeine Quote. Dies hat vor allem damit zu tun, dass die jungen Arbeitnehmenden sich noch nicht in der Berufswelt etablieren konnten.
- Ausländische Jugendliche haben ein besonders hohes Risiko, arbeitslos zu werden.
- Junge Frauen haben ein höheres Risiko, arbeitslos zu werden. Ihre Quote betrug Ende Juni 2006 4,7% gegenüber den 4,1% der jungen Männer.
- Seit 1999 nimmt der Anteil Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung wieder zu, was das Problem verschärft. Ab 2008 wird mit weniger SchulabgängerInnen gerechnet. Bis jetzt gibt es aber keine Hinweise auf die Richtigkeit dieser Prognose.
- Arbeitslose in dieser Alterklasse benötigen in der Regel keine Schulung. Der grösste Teil dieser Arbeitssuchenden ist aus einer Stelle oder direkt nach der Ausbildung arbeitslos geworden.

##### 3.1.2 Entwicklung in den letzten Jahren.

Das Niveau der Jugendarbeitslosigkeit gemessen an der generellen Arbeitsmarktlage ist heute eher höher als in früheren Jahren. Es ist aber noch unklar, ob dies ein stabiler neuer Trend ist oder eine vorübergehende Episode.

##### 3.1.3 Was wird bereits getan?

###### 3.1.3.1 Finanzierung von Berufspraktika

Für junge Arbeitnehmende ist es wichtig, Berufserfahrung zu gewinnen. Deshalb bietet die Arbeitslosenversicherung Stellensuchenden die Möglichkeit, im Rahmen eines Berufspraktikums Erfahrungen zu sammeln. Sie übernimmt dabei 75% der Kosten, während die restlichen 25% zu Lasten des Arbeitgebers gehen. Im Jahr 2004 wurden so insgesamt rund 3'000 Praktikumsstellen geschaffen. Der Kantonale Gewerbeverband ruft seine Mitglieder dazu auf, solche Praktikumsstellen zu schaffen.

#### 3.2 Handlungsmöglichkeiten auf der politischen Ebene

Die Problematik des Übergangs von der (Berufs-)Ausbildung ins Berufsleben ist noch wenig präsent im öffentlichen Bewusstsein. Hier muss Informationsarbeit geleistet werden, auf politischer Ebene aber auch bei den Betrieben. Es sollen keine LehrabgängerInnen in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Dies muss auch für die öffentlichen Verwaltungen gelten. Und die Verwaltung kann selber vermehrt Praktikumsplätze anbieten.

Die Bestrebungen der Berufsinformationszentren resp. der Berufsschulen in diesem Bereich müssen stärker unterstützt werden.

### 3.3 Was verlangt die SP für die Zukunft?

#### 3.3.1 Ausbau von Praktikumsplätzen

Die Verwaltungen auf kantonaler und kommunaler Ebene können selber vermehrt Praktikumsplätze anbieten. Ausserdem können sie das Marketing für solche Plätze verstärken.

#### 3.3.2 Aufbau von Mentoring-Projekten

Die Form des Mentorings ist sehr geeignet, um jungen Berufsleuten beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf Unterstützung zu bieten. Mentoringprojekte sind bis jetzt aber nur beim Übergang von der Schule in die Berufsbildung in Arbeit. Der zweite Übergang muss in den Aufbau dieser Angebote einbezogen werden.

#### 3.3.3 Ausbau der Weiterbildung in der Berufsberatung

Die Berufsinformationszentren verfügen zwar bereits über ein gutes Angebot betr. Weiterbildung. Dieses Angebot muss aber näher an die BerufsschülerInnen gebracht und aktiver angeboten werden. Ausserdem muss die Berufsberatung für junge Erwachsene bis 25 Jahre kostenlos sein.

#### 3.3.4 Berufsschulen anpassen

Die Themen Arbeitssuche und Weiterbildung müssen in den Berufsschulen vermehrt und intensiver aufgenommen werden. Die jungen Berufsleute stehen ja normalerweise nach dem Abschluss der Ausbildung zum ersten Mal vor der Aufgabe, eine Arbeitsstelle zu suchen. Die Lehrstellensuche kann nicht damit verglichen werden.

#### 3.3.5 Sprungbrettstellen

Es sollten sog. Sprungbrettstellen geschaffen werden. Die Idee ist, dass junge Leute für ein halbes Jahr eine solche Stelle mit einem klaren Pflichtenheft innehaben. Eine Stunde pro Tag können sie (mit Unterstützung) in die Suche nach einer dauerhaften Stelle investieren. Die jungen Arbeitnehmenden können, wenn sie etwas finden, jederzeit gehen. Eine Verlängerung der Sprungbrettstelle ist nicht möglich.

#### 3.3.6 Aufbau von Übungsfirmen

Sogenannte Übungsfirmen sind für junge ArbeitnehmerInnen eine Möglichkeit, Berufserfahrung zu sammeln. Die Einrichtung von solchen Übungsfirmen wird vom Bund unterstützt. Der Kanton Zürich will bis jetzt dieses Instrument nicht einsetzen.

### 3.4 Aktionsideen für SP Sektionen.

In der Gemeinde einen Vorstoss einreichen, dass Plätze in Mentoringprojekten finanziert werden sollen.

Einrichten von Praktikumsplätzen und Sprungbrettstellen in der Gemeindeverwaltung verlangen.

## Anhang

Weitere Informationen unter folgenden Links:

### Ämter

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Thema Berufsbildung:  
<http://www.bbt.admin.ch/themen/berufsbildung/index.html?lang=de>

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco): [www.seco-admin.ch](http://www.seco-admin.ch)

News aus der Berufsbildung: [www.bbaktuell.ch](http://www.bbaktuell.ch)

Mittelschul- und Berufsbildungsamt Kanton Zürich: [www.mba.zh.ch](http://www.mba.zh.ch)

Amt für Jugend und Berufsberatung: [www.berufsberatung.zh.ch](http://www.berufsberatung.zh.ch)

### Statistik

Bundesamt für Statistik: [www.statistik.admin.ch](http://www.statistik.admin.ch)

Kantonales Amt für Statistik: [www.statistik.zh.ch](http://www.statistik.zh.ch)

Bildungsstatistik Kanton Zürich: [www.bista.zh.ch](http://www.bista.zh.ch)

### Verschiedenes

Arbeitsmarktbeobachtung der Ostschweizer Kantone: [www.amosa.net](http://www.amosa.net)

Gewerkschaftsbund Kanton Zürich: [www.gbkz.ch](http://www.gbkz.ch)

Übergang I, obligatorische Schule – Sekundarstufe II: [www.nahtstelle-transition.ch](http://www.nahtstelle-transition.ch)

Lehrstellennachweis des Kantons Zürich: [www.lena.zh.ch](http://www.lena.zh.ch)